

An den Bundesrat
Bundeshaus West
3003 Bern

Bern, 17. März 2017

Volksinitiative "RASA" – Stellungnahme der KdK zu den Varianten des Bundesrats für einen direkten Gegenvorschlag

Sehr geehrte Frau Bundespräsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren Bundesrätinnen und Bundesräte

Anlässlich der heutigen Plenarversammlung der KdK haben sich die Vertreter der Kantonsregierungen mit den Varianten des Bundesrats für einen direkten Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Raus aus der Sackgasse! Verzicht auf die Wiedereinführung von Zuwanderungskontingenten» (RASA) befasst.

Die Kantonsregierungen erachten die seitens des Bundesrats vorgeschlagenen Varianten als nicht überzeugend und lehnen beide Varianten ab. Sollte seitens des eidgenössischen Gesetzgebers ein direkter Gegenvorschlag für notwendig erachtet werden, müsste dieser die Bestimmungen in Art. 121a BV dahingehend ergänzen, dass die Steuerung der Zuwanderung im Verhältnis zu EU- und EFTA-Staaten auch so umgesetzt werden kann, dass Massnahmen vorgesehen werden, welche eine verstärkte Mobilisierung des inländischen Arbeitskräftepotentials bewirken.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse
Konferenz der Kantonsregierungen



Staatsrat Jean-Michel Cina
Präsident



Dr. Sandra Maissen
Generalsekretärin

Beilage:

- Stellungnahme der KdK zu den Varianten des Bundesrats für einen direkten Gegenvorschlag zur Volksinitiative "RASA" vom 17. März 2017

Stellungnahme

Volksinitiative "Raus aus der Sackgasse! Verzicht auf die Wiedereinführung von Zuwanderungskontingen-ten" – Direkter Gegenentwurf

Plenarversammlung der KdK vom 17. März 2017

1. Zusammenfassung

- 1 Die Kantonsregierungen vertreten die Auffassung, dass im Falle des Zustandekommens des Referendums gegen das von den eidgenössischen Räten am 16. Dezember 2016 verabschiedeten Ausführungsgesetz zu Artikel 121a BV auf einen direkten Gegenvorschlag zur RASA-Initiative zu verzichten ist.
- 2 Die Kantonsregierungen erachten die seitens des Bundesrates vorgeschlagenen Varianten für einen direkten Gegenvorschlag als nicht überzeugend und lehnen beide Varianten ab.
- 3 Sollte seitens des eidgenössischen Gesetzgebers ein direkter Gegenvorschlag für notwendig erachtet werden, müsste dieser die Bestimmungen in Art. 121a BV dahingehend ergänzen, dass die Steuerung der Zuwanderung im Verhältnis zu EU- und EFTA-Staaten auch so umgesetzt werden kann, dass Massnahmen vorgesehen werden, welche eine verstärkte Mobilisierung des inländischen Arbeitskräftepotentials bewirken. Die Absätze 4 und 5 sowie die Übergangsbestimmung zu Art. 121a BV wären zudem zu streichen.

2. Ausgangslage

- 4 Die Volksinitiative "Raus aus der Sackgasse! Verzicht auf die Wiedereinführung von Zuwanderungskontingenten" (RASA-Initiative) will die mit der Abstimmung vom 9. Februar 2014 in die Bundesverfassung eingefügten Zuwanderungsbestimmungen (Art. 121a BV und Art. 197 Ziff. 11 BV) ersatzlos wieder aus der Verfassung streichen. Der Bundesrat hatte bereits im Oktober 2016 entschieden, diese Initiative abzulehnen und ihr einen direkten Gegenentwurf entgegenzustellen.
- 5 Am 16. Dezember 2016 verabschiedeten die eidgenössischen Räte die Ausführungsgesetzgebung zu Art. 121a BV. Dagegen wurde mittlerweile das Referendum ergriffen. Die Referendumsfrist läuft bis zum 7. April 2017.

6 Am 21. Dezember 2016 hat der Bundesrat die Eckwerte für zwei Varianten für den direkten Gegenentwurf zur RASA-Initiative verabschiedet und das EJPD beauftragt, eine entsprechende Vernehmlassungsvorlage auszuarbeiten. Am 1. Februar 2017 hat der Bundesrat die Vernehmlassung eröffnet und die Frist zur Stellungnahme auf den 1. März 2017 festgelegt, da er die Botschaft zur Volksinitiative aufgrund der gesetzlichen Frist bis zum 27. April 2017 verabschieden muss.

3. Erwägungen

3.1. Zur Vernehmlassungsfrist

7 Die Kantonsregierungen haben im vorliegenden Fall Verständnis für das verkürzte Verfahren, zumal der Bundesrat erst in Kenntnis der Entscheide der eidgenössischen Räte über den Inhalt eines direkten Gegenvorschlags entscheiden konnte. Da die Frist zur Verabschiedung der Botschaft durch den Bundesrat aber erst am 27. April 2017 abläuft, gehen die Kantonsregierungen davon aus, dass ihre vorliegende, am 17. März 2017 verabschiedete Stellungnahme vom Bundesrat noch berücksichtigt werden kann.

3.2. Zur Opportunität eines direkten Gegenvorschlags

8 In der gegenwärtigen Schweizer Rechtsordnung obliegt es ausschliesslich dem Bundesgesetzgeber darüber zu entscheiden, ob und wie eine Verfassungsbestimmung gesetzlich umgesetzt wird. Die eidgenössischen Räte haben diesbezüglich am 16. Dezember 2016 eine Umsetzung mittels einer Änderung des Ausländergesetzes beschlossen, welche auf Höchstzahlen und Kontingente bei der Zulassung von Personen aus den EU-/EFTA-Staaten verzichtet.

9 Gegen diese Gesetzesrevision wurde mittlerweile das Referendum ergriffen. Sollte die notwendige Anzahl Unterschriften bis zum 7. April 2017 erreicht werden, wird nach den eidgenössischen Räten auch noch das Volk die Gelegenheit haben, über die Umsetzung von Art. 121a BV zu befinden. Dabei dürfte auch die Frage eine Rolle spielen, ob durch die vom Parlament verabschiedete Revision des Ausländergesetzes die Bestimmungen von Art. 121a BV genügend umgesetzt wurden.

10 Aus Sicht der Kantonsregierungen macht es im Falle des Zustandekommens des Referendums deshalb keinen Sinn, mittels eines direkten Gegenvorschlags zur RASA-Initiative implizit die gleiche Frage nochmals Volk und Ständen vorzulegen. Mithin wäre für diesen Fall auf einen direkten Gegenvorschlag zu verzichten.

3.3. Zum Inhalt eines direkten Gegenvorschlags

11 Sollte das Referendum gegen die Änderung des Ausländergesetzes nicht zustande kommen und/oder der eidgenössische Gesetzgeber zum Schluss kommen, dass es rechtlich und politisch opportun wäre, der RASA-Initiative einen direkten Gegenvorschlag gegenüberzustellen, vertreten die Kantonsregierungen die Auffassung, dass ein solcher Gegenvorschlag nur dann Sinn macht, wenn damit der Konflikt zwischen Wortlaut der Verfassungsbestimmung und Umsetzungsgesetzgebung bereinigt würde.

12 Der Bundesrat schlägt diesbezüglich in einer ersten Variante vor, dass Art. 121a Abs. 4 BV durch eine Bestimmung ersetzt wird, wonach bei der Steuerung der Zuwanderung völkerrechtliche Verträge berücksichtigt werden sollen, die von grosser Tragweite für die Stellung der Schweiz in Europa sind. Dazu gehören nach Auffassung des Bundesrates etwa die Freizügigkeitsabkommen mit der EU und der EFTA, die EMRK sowie die UNO-Konventionen wie die Genfer Flüchtlingskonvention. Zudem soll die Übergangsbestimmung zu Art. 121a BV (Art. 197 Ziff. 11 BV) aufgehoben werden.

13 Diese Variante hat aus Sicht der Kantonsregierungen das Manko, dass darin die Steuerung mittels Höchstzahlen und Kontingenten als Auftrag weiterbesteht, keine alternativen Steuerungsmechanismen vorgeschlagen werden und somit ein Dauerkonflikt mit den erwähnten Freizügigkeitsabkommen zementiert wird. Zudem bringt diese Formulierung aus Sicht der Kantonsregierungen keine wirkliche Neuerung, besteht doch schon heute die Pflicht der Berücksichtigung des Völkerrechts bei der Umsetzung von Verfassungsbestimmungen (Art. 5 Abs. 4 BV). Die Variante unterminiert schliesslich den Beschluss des Parlaments vom 16. Dezember 2016, da zumindest implizit bestätigt würde, dass die Steuerung der Zuwanderung mittels Höchstzahlen und Kontingenten zu erfolgen hat.

14 Die zweite, vom Bundesrat vorgeschlagene Variante sieht ebenfalls vor, die Übergangsbestimmungen zu Art. 121a BV (Art. 197 Ziff. 11 BV) aufzuheben. Hingegen soll der Wortlaut von Art. 121a BV nicht geändert werden. Damit soll die Aufforderung an den Gesetzgeber bestehen bleiben, weitere Schritte zur Umsetzung von Art. 121a vorzunehmen, namentlich im Hinblick auf die Steuerung mit Höchstzahlen und Kontingenten.

15 Nach Auffassung der Kantonsregierungen löst diese Variante den Konflikt zwischen Wortlaut der Verfassungsbestimmung und Umsetzungsgesetzgebung ebenfalls offensichtlich nicht auf und unterminiert ebenfalls die vom Parlament beschlossene Lösung zur Umsetzung. Zudem beruht diese Variante offensichtlich auf dem Prinzip Hoffnung, dass die EU zu gegebener Zeit bereit wäre, das Prinzip der Personenfreizügigkeit aufzugeben und die (Wieder-)Einführung von Höchstzahlen und Kontingenten zu erlauben. Es gab und gibt allerdings keinerlei Anzeichen für eine solche Entwicklung. Im Gegenteil: das Vereinigte Königreich wird die EU verlassen und den Zugang zum Binnenmarkt aufgeben müssen, damit die Zuwanderung wieder eigenständig kontrolliert werden kann. Zudem ist die Personenfreizügigkeit und insbesondere das Verbot von Höchstzahlen und Kontingenten in den EU-Verträgen verankert; diese können nur einstimmig geändert werden.

16 Die Kantonsregierungen erachten die seitens des Bundesrates vorgeschlagenen Varianten für einen direkten Gegenvorschlag deshalb als nicht überzeugend und lehnen beide Varianten ab.

17 Ein sinnvoller direkter Gegenvorschlag müsste nach Auffassung der Kantonsregierungen die Bestimmungen in Art. 121a BV dahingehend ergänzen, dass der Gesetzgeber die Steuerung der Zuwanderung auch dergestalt umsetzen kann, dass er Massnahmen vorsieht, die eine verstärkte Mobilisierung des inländischen Arbeitskräftepotentials bewirken und so den Zuwanderungsdruck reduzieren. Die Absätze 4 und 5 sowie die Übergangsbestimmung zu Art. 121a BV wären zudem zu streichen.

REGIERUNGSRAT

Regierungsgebäude, 5001 Aarau
Telefon 062 835 12 40, Fax 062 835 12 50
regierungsrat@ag.ch
www.ag.ch/regierungsrat

A-Post Plus

Staatssekretariat für Migration
Quellenweg 6
3003 Bern-Wabern

1. März 2017

Direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative "Raus aus der Sackgasse! Verzicht auf die Wiedereinführung von Zuwanderungskontingenten" (RASA-Initiative); Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 2. Februar 2017 sind die Kantone eingeladen worden, zum direkten Gegenentwurf zur Volksinitiative "Raus aus der Sackgasse! Verzicht auf die Wiedereinführung von Zuwanderungskontingenten" (nachfolgend: RASA-Initiative) Stellung zu nehmen. Wir danken dafür und nehmen die Gelegenheit gerne wahr.

Die RASA-Initiative will die mit der Abstimmung vom 9. Februar 2014 in die Bundesverfassung (BV) eingefügten Zuwanderungsbestimmungen (Art. 121a und 197 Ziff. 11 BV) ersatzlos aufheben. Am 16. Dezember 2016 verabschiedeten die eidgenössischen Räte die Ausführungsgesetzgebung zu Art. 121a BV. Dagegen wurde mittlerweile das Referendum ergriffen. Es ist zum heutigen Zeitpunkt jedoch davon auszugehen, dass das Referendum nicht zustande kommen wird.

Der Regierungsrat hat wiederholt die Ansicht vertreten, dass Art. 121a BV konform mit dem Freizügigkeitsabkommen mit der EU umzusetzen sei. Nach Studium der beiden vorgelegten Varianten unterstützt der Regierungsrat die Variante 1. Mit dieser wird verdeutlicht, dass die Umsetzung von Art. 121a BV im Rahmen der bereits bestehenden Bestimmung von Art. 5 Abs. 4 BV erfolgen muss, wonach Bund und Kantone das Völkerrecht zu beachten haben. Diese Bestimmung wird gestärkt durch die Formulierung der Variante 1, wonach bei der Steuerung der Zuwanderung völkerrechtliche Verträge zu berücksichtigen sind, die von grosser Tragweite für die Stellung der Schweiz in Europa sind. Dazu gehört namentlich das Freizügigkeitsabkommen mit der EU.

Gleichzeitig wird durch die Variante 1 Art. 121a Abs. 5 BV aufgehoben. Diese Bestimmung hat keine eigenständige Bedeutung, ist doch der Gesetzgeber stets, auch ohne ausdrückliche Aufforderung im Verfassungstext, zum Erlass von Ausführungsbestimmungen verpflichtet. Durch die von der Bundesversammlung beschlossene Umsetzung von Art. 121a BV und mit dem in Variante 1 enthaltenen Vorbehalt entfällt die Pflicht zur Neuverhandlung widersprechender völkerrechtlicher Verträge und Art. 197 Ziff. 11 BV kann demnach ebenfalls aufgehoben werden.

Die zweite, vom Bundesrat vorgeschlagene Variante sieht ebenfalls vor, die Übergangsbestimmung Art. 197 Ziff. 11 BV aufzuheben, der Wortlaut von Art. 121a BV wird hingegen in der Variante 2 nicht geändert. Damit bleibt die Aufforderung an den Gesetzgeber bestehen, weitere Schritte für die Steuerung der Zuwanderung mit Höchstzahlen und Kontingenten vorzunehmen. In dieser Hinsicht unterminiert die Variante 2 die von eidgenössischen Räten beschlossene Umsetzungslösung und wird vom Regierungsrat abgelehnt.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats

Stephan Attiger
Landammann

Vincenza Trivigno
Staatsschreiberin

Kopie

- bernhard.fuerer@sem.admin.ch
- sb-recht-sekretariat@sem.admin.ch



- 3. März 2017

N^o. _____

Postgasse 68
Postfach
3000 Bern 8
www.rr.be.ch
info.regierungsrat@sta.be.ch

Frau Bundesrätin
Simonetta Sommaruga
Eidg. Justiz- und Polizeidepartement
Bundeshaus West
3003 Bern

1. März 2017

RRB-Nr.: 204/2017
Direktion Volkswirtschaftsdirektion
Unser Zeichen --
Ihr Zeichen --
Klassifizierung Nicht klassifiziert



Vernehmlassung des Bundes zum Bundesbeschluss über die Steuerung der Zuwanderung; direkter Gegenentwurf des Bundesrates zur Volksinitiative „Raus aus der Sackgasse!"; Stellungnahme des Kantons Bern

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Der Regierungsrat erachtet die Bilateralen Verträge mit der Europäischen Union als zentralen Faktor für den Schweizer Wirtschaftsstandort. Er ist deshalb froh, dass sich das nationale Parlament bei der Ausarbeitung der Ausführungsgesetzgebung zu Artikel 121a der Bundesverfassung klar für den Erhalt der Bilateralen Verträge ausgesprochen hat.

Weder die Volksinitiative „Raus aus der Sackgasse!“ noch die beiden Varianten des Gegenentwurfs gefährden die Weiterführung der Bilateralen Verträge. Der Regierungsrat teilt jedoch die ablehnende Haltung des Bundesrates gegenüber der Volksinitiative „Raus aus der Sackgasse!“. Er erachtet es als unangebracht, nach so kurzer Zeit einen Volksentscheid wieder rückgängig zu machen.

Der Regierungsrat ist der Auffassung, dass beide Varianten des Bundesrates für einen direkten Gegenvorschlag zur RASA-Initiative den Normenkonflikt zwischen Verfassung und Freizügigkeitsabkommen und zwischen Verfassung und Umsetzungsgesetzgebung nicht lösen. Er stimmt jedoch der vom Bundesrat vorgeschlagenen ersten Variante dahingehend zu, dass Artikel 121a Absatz 5 der Bundesverfassung aufgehoben wird. Eine Berücksichtigung des

Völkerrechts bei der Umsetzung gemäss Absatz 4 in dieser ersten Variante lehnt er jedoch ab. Diese Bestimmung ist bereits Bestandteil der Bundesverfassung (Art. 5 Abs. 4).

Der Regierungsrat beantragt, die Bestimmungen in Artikel 121a der Bundesverfassung dahingehend zu ergänzen, dass der Gesetzgeber die Steuerung der Zuwanderung umsetzen kann, indem er Massnahmen vorsieht, die eine verstärkte Mobilisierung des inländischen Arbeitskräftepotentials bewirken und so den Zuwanderungsdruck reduzieren. Damit wird politischer Handlungsspielraum geschaffen für eine Umsetzung im gesamtwirtschaftlichen Interesse. Die Streichung der Übergangsbestimmungen gemäss Artikel 197 Ziffer 11 der Bundesverfassung ist auf jeden Fall sinnvoll, da die Frist von drei Jahren nicht eingehalten werden kann und bei der Volksabstimmung bereits abgelaufen sein wird.

Wir danken Ihnen für die Kenntnisnahme.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates

Die Präsidentin



Beatrice Simon

Der Staatsschreiber



Christoph Auer

Verteiler

- Gesundheits- und Fürsorgedirektion
- Polizei- und Militärdirektion
- Erziehungsdirektion
- Volkswirtschaftsdirektion
- Staatskanzlei

Regierungsrat BL, Rathausstrasse 2, 4410 Liestal

Eidgenössisches
Justiz- und Polizeidepartement
Bern

Per E-Mail an:

bernhard.fuerer@sem.admin.ch
sb-recht-sekretariat@sem.admin.ch

Liestal, 21. Februar 2017

Vernehmlassung

betreffend direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative «Raus aus der Sackgasse! Verzicht auf die Wiedereinführung von Zuwanderungskontingenten»

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

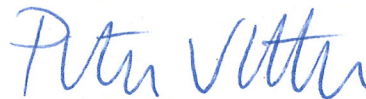
Wir danken Ihnen für die Einladung zur Stellungnahme und äussern uns in erwähnter Angelegenheit wie folgt:

Bei Zustandekommen des Referendums gegen das Ausführungsgesetz zu Artikel 121a der Bundesverfassung (BV), welches Mitte Dezember 2016 von den eidgenössischen Räten verabschiedet wurde, sollte unseres Erachtens auf einen direkten Gegenvorschlag zur RASA-Initiative verzichtet werden. Die vom Bundesrat vorgeschlagenen Varianten für einen direkten Gegenvorschlag scheinen uns nicht überzeugend. Wir verweisen auf die gemeinsame Stellungnahme der Kantonsregierungen, der wir uns anschliessen. Diese wird Ihnen von der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) zugestellt werden.

Freundliche Grüsse



Thomas Weber
Regierungspräsident



Peter Vetter
Landschreiber



Rathaus, Marktplatz 9
CH-4001 Basel

Tel: +41 61 267 80 54
Fax: +41 61 267 85 72
E-Mail: staatskanzlei@bs.ch
www.regierungsrat.bs.ch

Eidgenössisches
Justiz- und Polizeidepartement
Frau Bundesrätin Simonetta Sommaruga

per Mail an:
Bernhard.Fuerer@sem.admin.ch
SB-Recht-Sekretariat@sem.admin.ch

Basel, 22. Februar 2017

Regierungsratsbeschluss vom 21. Februar 2017

Direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative „Raus aus der Sackgasse, Verzicht auf die Wiedereinführung von Zuwanderungskontingenten“

Stellungnahme des Kantons Basel-Stadt

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 2. Februar 2017 haben Sie die Kantonsregierungen zur Stellungnahme zum direkten Gegenentwurf zur RASA-Initiative zukommen lassen. Wir danken für die Gelegenheit zur Stellungnahme und lassen Ihnen nachstehend unsere Anträge und Bemerkungen zukommen.

Oberstes Ziel des Kantons Basel-Stadt war und ist die Erhaltung der bilateralen Verträge und damit die Gewährleistung eines offenen, flexiblen und auf sozialen Ausgleich bedachten Arbeitsmarktes. Basel-Stadt hat ein grosses Interesse daran, Rechtssicherheit zu schaffen und einen latenten Konflikt mit der EU aufgrund der drohenden Zuwanderungsbeschränkung durch Höchstzahlen und Schutzklauseln zu vermeiden.

Bei beiden Varianten des Gegenvorschlags des Bundesrates wird die aus Sicht von Basel-Stadt problematische Steuerung der Zuwanderung mittels Höchstzahlen und Kontingenten nicht beseitigt. In ihrer Auswirkung für die Europa- und Migrationspolitik unterscheiden sich die beiden Varianten wenig. Während der erste Gegenvorschlag die Bedeutung – unter Anderem – der bilateralen Verträge betont, legt die zweite Variante mehr Gewicht auf die Komponente der Zeit, die man sich für die Umsetzung, respektive auch für die Verhandlungen mit der Europäischen Union geben will.

Falls der Bundesrat jedoch nach der Vernehmlassung an einem Gegenvorschlag festhalten will, sollte sich dieser nach Ansicht des Regierungsrats des Kantons Basel-Stadt an der ersten Variante orientieren.

Freundliche Grüsse
Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Elisabeth Ackermann
Präsidentin



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Conseil d'Etat CE
Staatsrat SR

Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

T +41 26 305 10 40, F +41 26 305 10 48
www.fr.ch/ce

Conseil d'Etat
Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

Département fédéral de justice et police
Madame Simonetta Sommaruga
Conseillère fédérale
Palais fédéral ouest
3003 Bern

Par courrier électronique à :
bernhard.fuerer@sem.admin.ch
SB-RECHT-Sekretariat@sem.admin.ch

Fribourg, le 21 février 2017

Contre-projet direct à l'initiative populaire « Sortons de l'impasse ! Renonçons à rétablir des contingents d'immigration »

Madame la Conseillère fédérale,

Nous nous référons à votre courrier du 2 février 2017 concernant le contre-projet direct à l'initiative populaire « Sortons de l'impasse ! Renonçons à rétablir des contingents d'immigration », dite RASA. Nous vous remercions de nous donner la possibilité de nous prononcer.

L'initiative demande d'abroger les dispositions constitutionnelles sur l'immigration introduites à la suite de la votation du 9 février 2014, l'objectif étant de ne pas compromettre l'Accord sur la libre circulation des personnes (ALCP) et les accords bilatéraux conclus avec l'UE. Nous partageons l'avis que la préservation de ces accords bilatéraux constitue pour la Suisse une priorité fondamentale et qu'une mise en œuvre trop stricte de l'art. 121a Cst. mettrait en péril tout ou une partie de ces accords. Depuis le dépôt de l'initiative, ce dossier a évolué et les Chambres fédérales ont adopté une réglementation de mise en œuvre qui est conforme à l'ALCP. De notre avis, l'objectif central de l'initiative est ainsi atteint.

Par contre, le conflit de normes entre l'art. 121a Cst. et la loi de mise en œuvre demeure, comme l'introduction de nombres maximaux et de contingents pour gérer l'immigration est toujours inscrite dans la Constitution. Un contre-projet à l'initiative n'a un sens que s'il permet de résoudre cette divergence. Nous estimons que les deux options de contre-projet proposées par le Conseil fédéral ne contribuent pas ou que partiellement à la résolution du conflit de normes et ne soutenons aucune des deux variantes sous leur forme actuelle.

La deuxième option propose simplement l'abrogation de la disposition transitoire relative à l'art. 121a. Elle ne change rien à la teneur du mandat constitutionnel et ne propose pas de réelle alternative à la disposition actuelle. Dès lors, nous ne la jugeons pas adéquate pour servir de contre-projet.

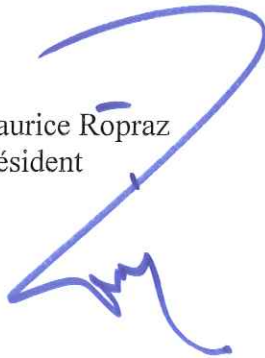
La première option propose d'ancrer dans l'art. 121a Cst. que la gestion de l'immigration doit *tenir compte des accords internationaux d'une grande portée pour la position de la Suisse en Europe*. Cette option soutient l'interprétation du Parlement de mettre en œuvre l'art. 121a Cst. de sorte qu'il soit compatible avec les accords bilatéraux et définit ainsi une exception à la règle du contingentement demandé dans les alinéas 2 et 3 de la disposition actuelle. De notre avis, cette option ne résout que partiellement la divergence entre la disposition constitutionnelle et la législation de mise en œuvre. La définition de nombres maximaux et de contingents est maintenue comme mandat général et il n'y a aucune mention de moyens alternatifs pour gérer l'immigration. En outre, le respect du droit international est déjà ancré dans la Constitution fédérale (art. 5 al. 4 Cst.). La variante proposée par le Conseil fédéral répète en principe une disposition qui existe déjà et est impérative pour l'ensemble de la Constitution.

Si le Parlement juge opportun de proposer un contre-projet direct à l'initiative, nous estimons que ce contre-projet devrait en premier lieu compléter les dispositions constitutionnelles en inscrivant la possibilité de prévoir des mesures de gestion indirectes, dans le sens de la loi de mise en œuvre adoptée par les Chambres fédérales. L'abrogation des alinéas 4 (aucun traité international contraire au présent article ne sera conclu) et 5 (la loi règle les modalités), comme proposés par le Conseil fédéral devrait également faire partie d'un tel contre-projet.

En vous remerciant de nous avoir consultés, nous vous prions de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'assurance de nos sentiments les meilleurs.

Au nom du Conseil d'Etat :

Maurice Ropraz
Président



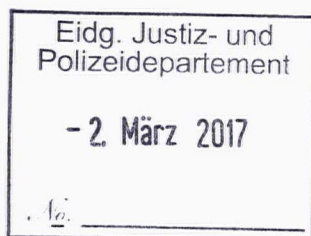
Danielle Gagnaux-Morel
Chancelière d'Etat



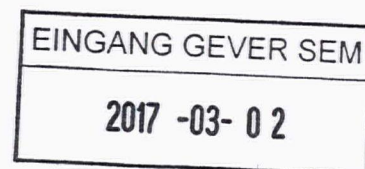
Genève, le 1^{er} mars 2017

Le Conseil d'Etat

1038-2017



Madame Simonetta Sommaruga
Conseillère fédérale
Département fédéral de justice et police
(DFJP)
Palais fédéral Ouest
3003 Berne



Concerne : Contreprojet direct à l'initiative populaire "Sortons de l'impasse! Renonçons à rétablir des contingents d'immigration": procédure de consultation

Madame la Conseillère fédérale,

Notre Conseil accuse bonne réception de la consultation mentionnée sous rubrique qui a retenu notre meilleure attention.

Nous souhaitons rappeler en préambule notre engagement déterminé en faveur des accords bilatéraux et de la libre circulation des personnes (ALCP) en particulier, indispensable pour répondre à nos besoins élevés et spécifiques en main-d'œuvre étrangère. La préservation de la libre circulation des personnes garantit les accords qui lui sont formellement liés ainsi que d'autres qui pourraient être remis en question et qui sont aussi d'une grande importance pour notre canton, comme les accords d'association à Schengen et à Dublin.

Dans ce contexte, notre Conseil prend acte de la loi d'application de l'article constitutionnel sur l'immigration adoptée par les Chambres fédérales qui permet une mise en œuvre conforme à l'accord sur la libre circulation des personnes et à la convention AELE. Elle apporte une réponse aux préoccupations exprimées le 9 février 2014, même si elle ne met pas intégralement en œuvre l'article constitutionnel.

Notre Conseil est d'avis que seule une modification de l'article constitutionnel permettrait de fournir une base juridique suffisante à la loi d'application. Nous estimons donc qu'il est politiquement nécessaire de proposer un contre-projet direct à l'initiative RASA. Toutefois, nous considérons que les deux options proposées par le Conseil fédéral ne répondent pas à l'objectif de résoudre le conflit entre la lettre de la disposition constitutionnelle et la législation de mise en œuvre.

La première variante proposée par le Conseil fédéral n'apporte pas d'élément nouveau puisque les accords internationaux doivent aujourd'hui déjà être pris en compte lors de la mise en œuvre des dispositions constitutionnelles. La deuxième variante, quant à elle, ne modifie pas l'article 121a Cst. et conserve dès lors le mandat consistant à adopter, autant que possible, des mesures supplémentaires en vue de la mise en œuvre du 121a Cst. Le Conseil fédéral lui-même considère que cette option maintient un conflit entre la Constitution,

la mise en œuvre décidée par le Parlement et l'ALCP, tant que ce dernier n'aura pas été modifié, ce qui est considéré comme fort improbable.

Nous estimons qu'il convient de donner une base légale explicite et une forte légitimité à la solution de mise en œuvre adoptée par les Chambres fédérales le 16 décembre 2016. L'article 121a Cst doit donc être complété en y rajoutant l'essence de la révision de la loi sur les étrangers.

Il s'agit aussi de supprimer de l'article 121a Cst ses éléments les plus problématiques sans toucher au cœur de la disposition elle-même. L'interdiction de conclure un traité international contraire à l'article 121a Cst, qui restreint de manière importante la marge de manœuvre de la Confédération, n'a pas lieu d'être. Nous soutenons par ailleurs l'abrogation de la disposition transitoire relative à l'article 121a Cst.

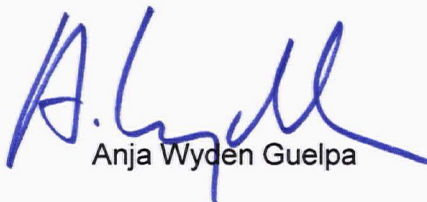
Dans cet esprit, nous avons élaboré une proposition de modification de l'article 121a Cst, que vous trouverez en annexe.

Enfin, le Conseil d'Etat rappelle qu'une réponse globale doit être apportée aux préoccupations exprimées le 9 février 2014 en lien avec le marché du travail. La révision de la loi sur les travailleurs détachés est un premier pas dans la bonne direction. Le dispositif de mesures d'accompagnement doit être encore davantage optimisé, dans le respect du fédéralisme et du partenariat social.

En vous remerciant de l'attention que vous prêterez à ces lignes, nous vous prions de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'assurance de notre haute considération.

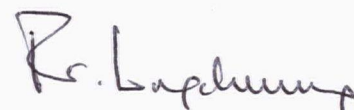
AU NOM DU CONSEIL D'ÉTAT

La chancelière :



Anja Wyden Guelpa

Le président :



François Longchamp

Annexe mentionnée

Propositions de modification

Art. 121a Cst Gestion de l'immigration

⁴ Le législateur peut prendre des mesures visant à épuiser le potentiel qu'offre la main-d'œuvre en Suisse. Il entend préalablement les cantons et les partenaires sociaux.

⁵ La loi peut en particulier prévoir des mesures limitées dans le temps visant à favoriser les personnes enregistrées auprès d'un service public de l'emploi en Suisse en tant que demandeurs d'emploi.

Art. 197, ch. 11

Abrogé



Staatssekretariat für Migration SEM
Stabsbereich Recht
Quellenweg 6
3003 Bern-Wabern

Glarus, 28. Februar 2017
Unsere Ref: 2017-25

Vernehmlassung zum direkten Gegenentwurf zur Volksinitiative "Raus aus der Sackgasse! Verzicht auf die Wiedereinführung von Zuwanderungskontingenten"

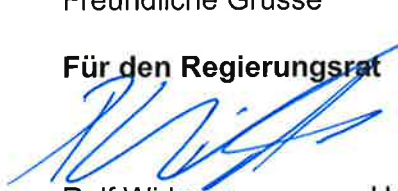
Hochgeachtete Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement EJPD gab uns in eingangs genannter Angelegenheit mit Schreiben vom 2. Februar 2017 die Möglichkeit zur Stellungnahme. Dafür danken wir und erlauben uns mitzuteilen, dass die KdK beabsichtigt, anlässlich ihrer Plenarversammlung am 17. März 2017 eine gemeinsame Stellungnahme der Kantone zu verabschieden. Wir beabsichtigen, uns im Rahmen des Verfahrens der KdK in dieser Angelegenheit zu äussern. Auf eine inhaltliche Stellungnahme wird deshalb vorliegend zum jetzigen Zeitpunkt verzichtet. Wir behalten uns vor, je nach Ausgang der Plenarversammlung vom 17. März 2017, eine Stellungnahme nachzureichen.

Genehmigen Sie, hochgeachtete Frau Bundesrätin, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Freundliche Grüsse

Für den Regierungsrat


Rolf Widmer
Landammann


Hansjörg Dürst
Ratsschreiber

E-Mail an: Bernhard.Fuerer@sem.admin.ch
SB-Recht-Sekretariat@sem.admin.ch

versandt am: **01. März 2017**



Sitzung vom

21. Februar 2017

Mitgeteilt den

21. Februar 2017

Protokoll Nr.

155

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement EJPD

Per E-Mail an:

Bernhard.Fuerer@sem.admin.ch

SB-Recht-Sekretariat@sem.admin.ch

Direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative „Raus aus der Sackgasse! Verzicht auf die Wiedereinführung von Zuwanderungskontingenten“ – Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 2. Februar 2017 in erwähnter Sache und bedanken uns, trotz der unzureichenden Frist, für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

I. Allgemeine Bemerkungen

Grundsätzlich wäre nach Ansicht der Regierung das Anliegen der RASA-Initiative zu befürworten, zumal mit der Streichung der Bestimmungen von 121a und 197 Ziff. 11 der Bundesverfassung (BV; SR 101) der ursprüngliche Zustand wie vor der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative (MEI) wieder hergestellt würde.

Die Tourismuswirtschaft der Berg- und Tourismuskantone kämpft seit mehreren Jahren mit rückläufigen Übernachtungs- und Besucherzahlen. Die ohnehin ungünstigen Rahmenbedingungen für den Schweizer Tourismus sind durch die Aufgabe des Mindestwechselkurses gegenüber dem Euro und der Aufwertung des Schweizer Fran-

kens abermals gravierend verschlechtert worden. Hinzu kommt, dass die Folgen der Zweitwohnungsinitiative für die Bauwirtschaft spürbar werden. Es ist davon auszugehen, dass sich die Beschäftigungslage im Baugewerbe der Berg- und Tourismuskantone massiv verschlechtern wird. Angesichts dieser nicht ermutigenden Perspektiven ist es umso wichtiger, günstige Rahmenbedingungen zu schaffen. Der Kanton Graubünden ist vor allem im Tourismus- und Bausektor, aber auch in der Landwirtschaft, auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen. Einheimische Arbeitskräfte sind in diesen Bereichen gar nicht oder nicht in genügendem Mass verfügbar.

Mit der Umsetzung der MEI gemäss Beschluss der eidgenössischen Räte vom 16. Dezember 2016 kann sich die Regierung einverstanden erklären. Das Ziel, eine Lösung zu finden, die mit dem Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU (FZA) kompatibel ist und die bilateralen Verträge nicht gefährdet, wurde unseres Erachtens erreicht.

Sollte das Referendum gegen die Umsetzungsgesetzgebung zur MEI zustandekommen, ist mit einer Abstimmung noch im Jahr 2017 zu rechnen. Über die RASA wird um einiges später abgestimmt (Ende 2018, Anfang 2019). Da die Chancen für eine Annahme der RASA durch Volk und Stände wohl nicht als die besten zu betrachten sind, erachten wir das Vorgehen des Bundesrats, einen Gegenentwurf zu unterbreiten, als angebracht. Sollte das Referendum zustandekommen und durch das Volk abgelehnt werden, bietet ein Gegenentwurf die Möglichkeit, die Bundesverfassung entsprechend der Umsetzungsgesetzgebung zur MEI zu gestalten. Sollte das Referendum Zustimmung finden, so böte sich die Gelegenheit, mit einem Gegenentwurf dem Souverän eine FZA-konforme Version der MEI-Bestimmungen zu unterbreiten, welche begleitend wäre für die neuerlichen Umsetzungsarbeiten.

Allerdings kann auch die Auffassung vertreten werden, bei einem Zustandekommen des Referendums auf einen Vorschlag des Bundesrats für einen Gegenentwurf zu verzichten. Ende April 2017, zum Zeitpunkt der Verabschiedung der Botschaft durch den Bundesrat, wird auch bekannt sein, ob ein Referendum zustandegekommen ist. In der Folge könnten die eidgenössischen Räte anlässlich der Beratung über die Abstimmungsempfehlung zur RASA-Initiative immer noch über die Opportunität eines Gegenentwurfs befinden und bei einem allfälligen Zustandekommen des Referendums

rendums schliesslich auch darüber, ob Volk und Ständen nach der Referendumsabstimmung nochmals eine ähnliche oder gleiche Frage zur Abstimmung unterbreitet werden soll.

II. Bemerkungen zu den Gegenentwürfen

Für den Fall, dass ein Gegenentwurf ausgearbeitet wird, macht ein solcher nur Sinn, wenn damit der Konflikt zwischen Wortlaut der Verfassungsbestimmung und Umsetzungsgesetzgebung zur MEI bereinigt würde.

Variante 1

Der Bundesrat schlägt in einer ersten Variante vor, dass Art. 121a Abs. 4 BV durch eine Bestimmung ersetzt wird, wonach bei der Steuerung der Zuwanderung völkerrechtliche Verträge berücksichtigt werden sollen, die von grosser Tragweite für die Stellung der Schweiz in Europa sind. Dazu gehören nach Auffassung des Bundesrates etwa das FZA, die EMRK sowie die UNO-Konventionen wie die Genfer Flüchtlingskonvention. Zudem sollen Abs. 5 von Art. 121a sowie Art. 197 Ziff. 11 BV, die Übergangsbestimmung zu Art. 121a BV, aufgehoben werden. Mit dieser Variante besteht die Steuerung mittels Höchstzahlen und Kontingenten als Auftrag weiter.

Alternative Steuerungsmechanismen werden nicht vorgeschlagen. Damit würde der Konflikt mit dem FZA, das weder Höchstzahlen noch Kontingente erlaubt, weiterbestehen. Zudem bringt diese Formulierung aus Sicht der Kantonsregierungen keine wirkliche Neuerung, besteht doch schon heute die Pflicht der Berücksichtigung des Völkerrechts bei der Umsetzung von Verfassungsbestimmungen (Art. 5 Abs. 4 BV). Schliesslich wird damit der Beschluss der eidgenössischen Räte vom 16. Dezember 2016 getrübt, welcher keine Höchstzahlen und Kontingente vorsieht.

Variante 2

Die zweite vorgeschlagene Variante sieht ebenfalls vor, die Übergangsbestimmungen von Art. 197 Ziff. 11 BV aufzuheben. Hingegen soll der Wortlaut von Art. 121a BV nicht geändert werden. Damit bleibt die Aufforderung an den Gesetzgeber bestehen, weitere Schritte zur Umsetzung von Art. 121a BV vorzunehmen, namentlich im Hinblick auf die Steuerung mit Höchstzahlen und Kontingenten. Diese Variante löst den Konflikt zwischen Wortlaut der Verfassungsbestimmung und Umsetzungsgesetzgebung ebenfalls nicht und unterminiert ebenso die vom Parlament beschlosse-

ne Lösung zur Umsetzung. Zudem beruht diese Variante wohl auf dem Prinzip Hoffnung, dass die EU zu gegebener Zeit bereit wäre, den Grundsatz der Personenfreizügigkeit aufzugeben und die (Wieder-)Einführung von Höchstzahlen und Kontingenten zu erlauben. Es gab und gibt allerdings keinerlei Anzeichen für eine solche Entwicklung. Im Gegenteil: das Vereinigte Königreich wird die EU verlassen und den Zugang zum Binnenmarkt aufgeben müssen, damit die Zuwanderung wieder eigenständig kontrolliert werden kann. Zudem sind die Personenfreizügigkeit und insbesondere das Verbot von Höchstzahlen und Kontingenten in den EU-Verträgen verankert; diese können nur einstimmig geändert werden.

Fazit

Im Lichte der obenstehenden Ausführungen werden beide Varianten abgelehnt.

Ein sinnvoller Gegenentwurf müsste die Bestimmungen in Art. 121a BV dahingehend ergänzen, dass der Gesetzgeber die Steuerung der Zuwanderung auch dergestalt umsetzen kann, dass er Massnahmen vorsieht, die eine verstärkte Mobilisierung des inländischen Arbeitskräftepotentials bewirken und so den Zuwanderungsdruck reduzieren.

Sollte trotzdem an einer der Varianten festgehalten werden, so wäre Variante 1 zu bevorzugen.

Wir danken für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse



Namens der Regierung

Die Präsidentin:

B. Janom Steiner

Der Kanzleidirektor:

Dr. C. Riesen

Hôtel du Gouvernement – 2, rue de l'Hôpital, 2800 Delémont

Madame la Conseillère fédérale
Simonetta Sommaruga
Département fédéral de justice et police
Palais fédéral ouest
3003 Berne

Hôtel du Gouvernement
2, rue de l'Hôpital
CH-2800 Delémont

t +41 32 420 51 11
f +41 32 420 72 01
chancellerie@jura.ch



SEMPE007186

Delémont, le 21 mars 2017

Consultation relative au contre-projet direct à l'initiative populaire « RASA »

Madame la Conseillère fédérale,

Le Gouvernement de la République et Canton du Jura a bien reçu votre courrier du 2 février 2017 l'invitant à se déterminer sur le contre-projet mentionné sous rubrique.

En premier lieu, le Gouvernement jurassien tient à rappeler sa volonté de préserver la voie bilatérale avec l'Union européenne. En effet, les accords bilatéraux et la libre circulation des personnes jouent un rôle primordial pour le développement économique du canton du Jura et de la Suisse. Ainsi, il a pris acte, avec satisfaction, de la loi d'application de l'art. 121a Cst. adoptée par les Chambres fédérales en décembre dernier. Cette dernière permet une mise en œuvre conforme à l'Accord sur la libre circulation des personnes (ACLP) et répond aux préoccupations exprimées par le peuple le 9 février 2014, bien qu'elle ne mette pas en œuvre l'article constitutionnel à la lettre. Ainsi, il rejette le référendum contre la loi de mise en œuvre.

Estimant qu'il est inutile, voire dangereux, de rouvrir le débat constitutionnel, le Gouvernement jurassien plaide en faveur du retrait de l'initiative « RASA ». Néanmoins, si l'initiative n'est pas retirée, il estime alors politiquement nécessaire de proposer un contre-projet direct. Dans ce cas, l'objectif doit être de résoudre le conflit entre les dispositions constitutionnelles et la loi de mise en œuvre. Toutefois, il considère que les deux variantes proposées par le Conseil fédéral ne répondent pas à cet objectif. Il rejoint ici la prise de position de la CdC dans ses éléments d'analyse. Ainsi, le Gouvernement jurassien propose de compléter l'art. 121a Cst. en prévoyant la possibilité d'une gestion indirecte de l'immigration, dans le sens de la loi de mise en œuvre. Il tient à souligner que la mention des travailleurs frontaliers à l'art. 121a Cst. doit être maintenue. Par contre, le Gouvernement jurassien demande d'abroger les al. 4 (aucun traité international contraire au présent article ne sera conclu) et 5 (la loi règle les modalités) de l'art. 121a Cst. ainsi que le ch. 11 de l'art. 197 (dispositions transitoires).

En vous remerciant de nous avoir consultés, nous vous prions de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'expression de nos sentiments distingués.

AU NOM DU GOUVERNEMENT DE LA
RÉPUBLIQUE ET CANTON DU JURA


Nathalie Barthoulot
Présidente




Jean-Christophe Kübler
Chancelier d'État



LE CONSEIL D'ÉTAT

DE LA RÉPUBLIQUE ET
CANTON DE NEUCHÂTEL

Eidg. Justiz- und
Polizeidepartement

- 1. März 2017

N^o. _____



Département fédéral de la justice et police
Palais fédéral
3003 Berne

Contre-projet direct à l'initiative populaire « Sortons de l'impasse ! Renonçons à rétablir des contingents d'immigration »

Madame la conseillère fédérale,

Nous avons bien reçu votre courrier du 2 février 2017 dont le contenu a retenu notre meilleure attention. Nous vous remercions de nous avoir associé à la consultation sur le contre-projet direct à l'initiative RASA.

Pour rappel, le canton de Neuchâtel avait très majoritairement rejeté l'initiative contre l'immigration de masse lors de la votation du 9 février 2014.

Dans le cadre de sa réponse à la consultation relative au projet de modification de la loi fédérale sur les étrangers relative à la mise en œuvre de l'art. 121a Cst., datée du 27 mai 2015, le Conseil d'État avait insisté sur le fait que que l'économie du canton de Neuchâtel est tournée vers l'exportation, que nos entreprises sont actives dans des secteurs qui nécessitent une main-d'œuvre qualifiée et spécifique et que le positionnement géographique du canton le rend particulièrement vulnérable face aux dangers que présenterait une résiliation des accords bilatéraux.

Par ailleurs, le Grand Conseil neuchâtelois avait à cette occasion, pour la première fois de son histoire, pris position en réponse à une consultation fédérale pour s'exprimer dans le même sens que le Conseil d'État. Le vote unanime du parlement pour soutenir ce texte avait constitué un signal fort pour souligner l'importance du maintien de l'ALCP pour notre canton.

Au vu de ce qui précède, le Conseil d'État neuchâtelois ne peut qu'apporter son soutien de fond à l'initiative RASA, même s'il comprend que le Conseil fédéral n'a pas d'autre option politiquement envisageable que de proposer un contre-projet permettant d'améliorer l'adéquation entre le texte de l'art. 121a et la législation de mise en œuvre adoptée par le parlement fédéral.

Dans cette optique, il s'agit de résoudre le conflit entre la lettre de la disposition constitutionnelle et la législation de mise en œuvre. Notre position est donc la suivante :

- Le Conseil d'État neuchâtelois s'oppose à l'option 2 du Conseil fédéral, car elle maintient une contradiction qui entretiendra, en cas d'adoption, une situation durable d'incertitude.
- Le Conseil d'État soutient l'option 1 du Conseil fédéral, même si la forme est quelque peu regrettable, puisque la prise en compte des accords internationaux est déjà garantie, par ailleurs, par la Constitution.
- Le Conseil d'État serait donc encore plus à l'aise avec une variante consistant à abroger l'art. 121a, al. 4 et les dispositions transitoires, mais prévoyant de compléter la disposition constitutionnelle en indiquant explicitement que le législateur peut aussi privilégier une approche alternative de la gestion de l'immigration, consistant à prendre des mesures pour renforcer la mobilisation du potentiel de main-d'œuvre nationale.

En vous réitérant nos remerciements pour nous avoir associé à cette consultation, nous vous prions de croire, Madame la conseillère fédérale, à l'assurance de notre très haute considération.

Neuchâtel, le 20 février 2017



Au nom du Conseil d'État :

Le président,
J.- N. KARAKASH

La chancelière,
S. DESPLAND



KANTON
NIDWALDEN

LANDAMMANN UND
REGIERUNGSRAT

Dorfplatz 2, Postfach 1246, 6371 Stans
Telefon 041 618 79 02, www.nw.ch

CH-6371 Stans, Dorfplatz 2, Postfach 1246, STK

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD
Frau Bundesrätin Simonetta Sommaruga
Bundeshaus West
3003 Bern

Telefon 041 618 79 02
staatskanzlei@nw.ch
Stans, 14. Februar 2017

Direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative „Raus aus der Sackgasse! Verzicht auf die Wiedereinführung von Zuwanderungskontingenten“. Stellungnahme

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 2. Februar 2017 haben Sie uns eingeladen, zum direkten Gegenentwurf zur Volksinitiative „Raus aus der Sackgasse! Verzicht auf die Wiedereinführung von Zuwanderungskontingenten“ Stellung zu nehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit dazu und vernehmen uns wie folgt:

1 Zu kurze Vernehmlassungsfrist

Wir erachten die eingeräumte Vernehmlassungsfrist von einem Monat, die den Kantonen zu einer Stellungnahme zu dieser komplexen, politisch delikaten Angelegenheit zur Verfügung gestellt wird, als viel zu kurz und unangemessen, insbesondere erschwerend dazu kommt, dass in dieser Zeit im Kanton Nidwalden, wie in andern Kantonen, Fasnachts- und Sportferien sind, die den Behördenalltag unterbrechen und somit die notwendigen Regierungsratsitzungen nur beschränkt und unter Abwesenheit wichtiger Wissensträger abgehalten werden können. Die einmonatige Vernehmlassungsfrist trägt unseres Erachtens der Relevanz einer hier in Frage stehenden Verfassungsänderung in keiner Weise Rechnung.

Diese ausserordentlichen Umständen lassen daher eine fundierte Analyse und Kommentierung zur Änderung im wichtigsten, rechtsetzenden Dokument des Landes nicht abschliessend zu.

2 Grundsätzliches

Wir schliessen uns der Ansicht des Bundesrates an, die RASA- Initiative aus demokratiepolitischen Gründen und aus Respekt der weit verbreiteten Forderung nach einer möglichst eigenständigen Steuerung der Zuwanderung abzulehnen.

Aufgrund des heutigen, ungewissen definitiven Ausganges der Revision des Ausländergesetzes erscheint es uns im heutigen Zeitpunkt als verfrüht, sich für eine der beiden Varianten des Gegenvorschlages des Bundesrates zu entscheiden. Der Ausgang der aktuellen, im

Gange stehenden Revision des Ausländergesetzes muss unseres Erachtens abgewartet werden. Vorbehalten bleibt immer noch die Erhebung eines Referendums gegen diese Gesetzesvorlage.

Positiv werten wir, dass beide Varianten des Gegenvorschlages des Bundesrates einerseits das Fortbestehen der bilateralen Verträge sichern und andererseits den Auftrag zur Steuerung der Zuwanderung beibehalten wollen. Die im Dezember vom Parlament verabschiedete Gesetzesvorlage wird jedoch in materieller Hinsicht dem Wortlaut des Verfassungsartikels keineswegs gerecht. Die Zuwanderungsinitiative und damit der Volkswille wurden ungenügend umgesetzt. Dies ist unbestritten. Wir bezweifeln, ob ein direkter Gegenvorschlag zur Initiative „Raus aus der Sackgasse“, das geeignete Mittel ist, diese unbestrittene Diskrepanz zwischen Verfassungstext und gesetzlicher Umsetzung auf befriedigende Art und Weise zu beseitigen.

Beide Varianten überzeugen uns nicht. Die Schwierigkeiten und Widersprüche bei der Umsetzung der Zuwanderungsinitiative bleiben bestehen. Einen zusätzlichen Gewinn zur Lösung der vorliegenden Umsetzungsproblematik können wir beiden Varianten nicht abgewinnen, weshalb wir beide Varianten des Gegenvorschlages ablehnen.

Wir bedanken uns für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse
NAMENS DES REGIERUNGSRATES



Ueli Amstad
Landammann



lic. iur. Hugo Murer
Landschreiber

Geht an:

- bernhard.fuerer@sem.admin.ch
- sb-recht-sekretariat@sem.admin.ch



CH-6061 Sarnen, Postfach 1562, Staatskanzlei

A-Post

Eidgenössische Justiz- und Polizeide-
partment EJPD

per Mail an:

Bernhard.Fuerer@sem.admin.ch und
SB-Recht-Sekretariat@sem.admin.ch

Referenz/Aktenzeichen:OWSTK.2783
Unser Zeichen: cb

Sarnen, 16. Februar 2016

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 2. Februar 2017 laden Sie uns zur Vernehmlassung zur Volksinitiative „Raus aus der Sackgasse! Verzicht auf die Wiedereinführung von Zuwanderungskontingenten“ (RASA-Initiative) ein.

Wir lehnen ebenfalls die RASA-Initiative ab. Bezüglich des Gegenentwurfs des Bundes bleibt bei beiden Varianten der Auftrag zur Steuerung der Zuwanderung in der Verfassung bestehen. Zudem sichern beide Varianten das Fortbestehen der bilateralen Verträge. In diesem Sinne tendieren wir eher zur Variante zwei.

Für die Möglichkeit zur Stellungnahme danken wir Ihnen bestens.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats

Franz Enderli
Landammann

Dr. Stefan Hossli
Landschreiber



Regierung des Kantons St.Gallen, Regierungsgebäude, 9001 St.Gallen

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement
Bundeshaus West
3003 Bern

Regierung des Kantons St.Gallen
Regierungsgebäude
9001 St.Gallen
T +41 58 229 32 60
F +41 58 229 38 96

St.Gallen, 2. März 2017

Direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative «Raus aus der Sackgasse! Verzicht auf die Wiedereinführung von Zuwanderungskontingenten»; Vernehmlassungsantwort

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Mit Schreiben vom 2. Februar 2017 haben Sie die Kantonsregierung eingeladen, bis zum 1. März 2017 zum direkten Gegenentwurf zur Volksinitiative «Raus aus der Sackgasse! Verzicht auf die Wiedereinführung von Zuwanderungskontingenten» (RASA-Initiative) Stellung zu nehmen. Wir danken für die Gelegenheit zur Vernehmlassung und äussern uns wie folgt:

Der Erhalt der bilateralen Verträge ist für den Kanton St.Gallen aufgrund seiner engen wirtschaftlichen Verflechtungen mit der EU und der EFTA sowie der Grenzlage äusserst wichtig. Deshalb erachtet die Regierung die derzeit bestehende Normenkollision zwischen der Bundesverfassung und dem Freizügigkeitsabkommen mit der EU und der EFTA für problematisch und nur eine umfassende und nachhaltige Lösung für zielführend.

Gegen die Ausführungsgesetzgebung zu Art. 121a der Bundesverfassung (SR 101; abgekürzt BV) ist das Referendum ergriffen worden. Für den Fall, dass dieses zustande kommt, erachtet die Regierung den vorliegenden direkten Gegenvorschlag zur RASA-Initiative für obsolet, da damit dem Stimmvolk weitgehend dieselben Fragen doppelt gestellt würden. Für den Fall des Nichtzustandekommens des Referendums vermögen die beiden vorgeschlagenen Varianten nicht zu überzeugen und werden daher abgelehnt. Wir verweisen dazu auf die Ausführungen im Anhang.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Ausführungen.

Im Namen der Regierung

Martin Klöti
Präsident

Canisius Braun
Staatssekretär





Beilage:
Anhang

Zustellung auch per E-Mail (pdf- und Word-Version) an:
bernhard.fuerer@sem.admin.ch; sb-recht-sekretariat@sem.admin.ch



Anhang zur Vernehmlassungsantwort «Direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative «Raus aus der Sackgasse! Verzicht auf die Wiedereinführung von Zuwanderungskontingenten»»

Die Regierung des Kantons St.Gallen weist im Zusammenhang mit der genannten Vorlage im Einzelnen auf Folgendes hin:

Der Bundesrat empfiehlt die RASA-Initiative zur Ablehnung, weil er den Auftrag zur Steuerung der Zuwanderung trotz derzeit rückläufiger Nettozuwanderung nicht in Frage stellen will. Der vorliegende direkte Gegenvorschlag des Bundesrates schlägt folgende zwei Lösungsvarianten vor:

- Die erste Variante sieht im Wesentlichen vor, dass Art. 121a Abs. 4 BV durch eine Bestimmung ersetzt wird, wonach bei der Steuerung der Zuwanderung völkerrechtliche Verträge berücksichtigt werden sollen, die von grosser Tragweite für die Stellung der Schweiz in Europa sind. Dadurch würde die Verfassung für das Freizügigkeitsabkommen materiell ausser Kraft gesetzt. Mit anderen Worten würde damit der Hauptanwendungsfall von Art. 121a BV, d.h. dass die Steuerung der Zuwanderung mittels Höchstzahlen und Kontingenten auch bei der Anwendung des Freizügigkeitsabkommens zu erfolgen hat, verunmöglicht. Die Regierung lehnt diese Variante ab, zumal damit lediglich der Beschluss des Parlamentes vom 16. Dezember 2016 und gleichzeitig das Resultat der eidgenössischen Volksinitiative «Gegen Masseneinwanderung» mit einer Ausnahmeregelung unterwandert würden, ohne eine vollwertige Alternative, wie es etwa die politisch radikale, aber rechtlich konsequente RASA-Initiative tut, anzubieten.
- Die zweite Variante sieht vor, ausschliesslich die Übergangsbestimmungen zu Art. 121a BV (Art. 197 Ziff. 11 BV) aufzuheben. Damit wird der Konflikt zwischen der Verfassung und der Umsetzungsgesetzgebung nicht gelöst, sondern lediglich aufgeschoben.

Die Regierung lehnt aus diesen Gründen beide Varianten des direkten Gegenvorschlags des Bundesrates ab. Sollte dennoch ein direkter Gegenvorschlag für unverzichtbar erachtet werden, müsste dieser die Bestimmungen in Art. 121a BV dahingehend ergänzen, dass die Steuerung der Zuwanderung im Verhältnis zu EU- und EFTA-Staaten auch so umgesetzt werden kann, dass Massnahmen vorgesehen werden, die eine verstärkte Mobilisierung des inländischen Arbeitskräftepotentials bewirken. Die Absätze 4 und 5 sowie die Übergangsbestimmung zu Art. 121a BV wären dementsprechend zudem zu streichen.

Kanton Schaffhausen
Regierungsrat

Beckenstube 7
CH-8200 Schaffhausen
www.sh.ch

T +41 52 632 71 11
F +41 52 632 72 00
staatskanzlei@ktsh.ch



Regierungsrat

Eidgenössisches Justiz- und Polizei-
departement EJPD
z. Hd. Herrn Bernhard Fürer

Per E-Mail an:
bernhard.fuerer@sem.admin.ch und
SB-Recht-Sekretariat@sem.admin.ch

Schaffhausen, 28. Februar 2017

Direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative „Raus aus der Sackgasse! Verzicht auf die Wiedereinführung von Zuwanderungskontingenten“; Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 2. Februar 2017 haben Sie uns Gelegenheit gegeben, bis zum 1. März 2017 in oben genannter Angelegenheit Stellung zu nehmen. Wir bedanken uns dafür und können Ihnen fristgerecht mitteilen, dass der Regierungsrat des Kantons Schaffhausen den Entscheid des Bundesrates, dem Volk einen Gegenentwurf zur RASA-Initiative zu unterbreiten, grundsätzlich begrüsst.

Die Annahme der Masseneinwanderungsinitiative vom 9. Februar 2014 sowie die Ablehnung der Ecopop-Initiative vom 30. November 2014 zeigen tendenziell auf, dass eine Begrenzung der Zuwanderung und der Erhalt der bilateralen Verträge vom Stimmvolk gewünscht sind.

Die am 16. Dezember 2016 durch die Bundesversammlung beschlossene Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative ist mit dem FZA und dem EFTA-Übereinkommen vereinbar. Die beschlossenen Massnahmen für stellensuchende Personen zwingen Arbeitgeber in Bereichen, in denen genügend inländisches personelles Potenzial zur Verfügung steht, dieses zu nutzen. Bei Berufsgruppen, die auf dem regionalen Arbeitsmarkt schwierig zu rekrutieren sind, besteht nach wie vor die Möglichkeit, Arbeitnehmende aus dem Ausland einzustellen.

Wir begrüssen diese wirtschaftsfreundliche Umsetzung, zumal sich aus dieser positive Effekte auf die Arbeitslosenquote ergeben können.

Wir stellen jedoch in Frage, ob eine Abstimmung mit zwei Gegenentwürfen zielführend sein wird. Wir würden es begrüßen, wenn lediglich die Variante 1, welche aus unserer Sicht auch die geplante Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative stützt, dem Volk vorgelegt würde. Eine Abstimmung mit nur einem Gegenvorschlag würde unseres Erachtens die Chancen für ein eindeutigeres Abstimmungsergebnis steigern.

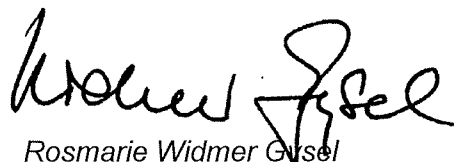
Die Variante 2, welche die gesetzlichen Grundlagen der Masseneinwanderungsinitiative ohne die in den Übergangsbestimmungen (Art. 197 Ziff. 11 BV) enthaltenen zeitlichen Vorgaben abbildet, könnte sodann als Gegenentwurf zu einer allfälligen Abstimmung über die Personenfreizügigkeit zum Zuge kommen. Das Stimmvolk hätte so die Möglichkeit, über eine Abschaffung der Personenfreizügigkeit oder über eine Begrenzung der Zuwanderung mit Verhandlungsmandat gegenüber der EU entscheiden.

Mit der in beiden Varianten vorgesehenen Aufhebung des Artikels 197 Ziffer 11 BV sind wir einverstanden.

Für die Kenntnisnahme und Berücksichtigung unserer Stellungnahme danken wir Ihnen.

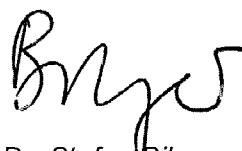
Im Namen des Regierungsrates

Die Präsidentin:



Rosmarie Widmer Gysel

Der Staatsschreiber:



Dr. Stefan Bilger



Regierungsrat

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
www.so.ch

Herr Albrecht Dieffenbacher
Chef Stabsbereich Recht
Staatssekretariat für Migration SEM
Quellenweg 6
3003 Bern-Wabern

28. Februar 2017

Direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative "Raus aus der Sackgasse! Verzicht auf die Wiedereinführung von Zuwanderungskontingenten"; Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme zum direkten Gegenentwurf zur Volksinitiative "Raus aus der Sackgasse! Verzicht auf die Wiedereinführung von Zuwanderungskontingenten" und lassen uns gerne wie folgt vernehmen:

1. Allgemeine Bemerkungen

Die Volksinitiative „Raus aus der Sackgasse! Verzicht auf die Wiedereinführung von Zuwanderungskontingenten“ (RASA-Initiative) will mit der Abstimmung vom 9. Februar 2014 in die Bundesverfassung eingefügten Zuwanderungsbestimmungen (Art. 121 a BV und Art. 197 Ziff. 11 BV) der Masseneinwanderungsinitiative (MEI), welche die Zahl der Einwanderung von Ausländerinnen und Ausländern in der Schweiz durch jährliche Höchstzahlen und Kontingente begrenzen wollte, wieder aus der Verfassung streichen. Der Bundesrat hatte bereits im Oktober 2016 entschieden, die RASA-Initiative abzulehnen und ihr einen direkten Gegenentwurf entgegenzustellen.

Am 16. Dezember 2016 wurde die Ausführungsgesetzgebung zu Art. 121 a BV durch die eidgenössischen Räte verabschiedet. Unter anderem wurde das Ausländergesetz dahingehend geändert, dass auf Höchstzahlen und Kontingente bei der Zulassung von Personen aus den EU/EFTA-Staaten zu verzichten ist. Dagegen wurde das Referendum ergriffen. Die Frist läuft bis zum 7. April 2017. Sollte das Referendum zustande kommen, wird es bei der Abstimmung vor allem auch um die Frage gehen, ob die vom Parlament beschlossene Revision des Ausländergesetzes die Bestimmungen von Art. 121 a BV genügend umsetzen werde.

2. Zum direkten Gegenvorschlag des Bundesrats

Grundsätzlich wäre ein direkter Gegenentwurf zur RASA-Initiative des Bundesrats zu begrüßen. Ohne näher auf die beiden Lösungsvarianten einzugehen, kann jedoch gesagt werden, dass es sich bei den Inhalten um technische Details handelt, welche den bestehenden politischen Widerspruch, nämlich die hierarchische Stellung der Verfassungsbestimmung von Art. 121 a und den Bilateralen Verträgen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union zu klären, nicht lösen. Auch eine allfällige Referendumsabstimmung über die vom Parlament beschlossene Revision des Ausländergesetzes zu den Bestimmungen von Art. 121 a BV, wird diesen Konflikt nicht lösen können. Deshalb wird der Gegenentwurf des Bundesrats mit den beiden

vorgeschlagenen Varianten abgelehnt. Der Regierungsrat des Kantons Solothurn ist jedoch der Ansicht, dass der Bundesrat einen Gegenentwurf zur RASA-Initiative präsentieren muss, welcher den bestehenden Konflikt aufzulösen vermag.

Wir laden Sie ein, unsere Überlegungen zu berücksichtigen und danken Ihnen nochmals für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig.
Dr. Remo Ankli
Landammann

sig.
Andreas Eng
Staatsschreiber



6431 Schwyz, Postfach 1260

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement (EJPD)

elektronisch an

- Bernhard.Fuerer@sem.admin.ch
- SB-Recht-Sekretariat@sem.admin.ch

Schwyz, 21. Februar 2017

Direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative „Raus aus der Sackgasse! Verzicht auf die Weiterführung von Zuwanderungskontingenten“

Vernehmlassung des Kantons Schwyz

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 2. Februar 2017 hat das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) den Kantonsregierungen die Unterlagen betreffend den direkten Gegenentwurf zur Volksinitiative „Raus aus der Sackgasse! Verzicht auf die Weiterführung von Zuwanderungskontingenten (Rasa)“ zur Vernehmlassung bis 1. März 2017 unterbreitet. Wir erachten die angesetzte Vernehmlassungsfrist als viel zu kurz und fordern, dass künftig auch vom Bund die ordentlichen Vernehmlassungsfristen eingehalten werden. In Anbetracht der sehr kurzen Frist äussern wir uns in knapper Form wie folgt:

Mit dem direkten Gegenentwurf anerkennt der Bundesrat, dass aktuell ein Widerspruch zwischen dem Verfassungstext und der gesetzlichen Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative vorliegt. Mit dem Gegenentwurf will der Bundesrat die Diskrepanz zwischen Verfassung und „Inländervorrang light“ beheben. Anstatt das Gesetz verfassungskonform auszuge-

stalten, soll nun die Verfassung dem Gesetz angepasst werden. Der Regierungsrat lehnt darum dieses Ansinnen aus demokratiepolitischen Gründen klar ab.

Mit dem „Inländervorrang light“ wird der Verfassungsauftrag derzeit nicht erfüllt. Somit bleibt es unverändert Auftrag des Bundesrats, die eigenständige Steuerung der Zuwanderung voranzutreiben und die Umsetzungsschritte zu Artikel 121a der Bundesverfassung vom 18. April 1999, SR 101 vorzunehmen. Der Verfassungstext ist als Auftrag des Souveräns an den Bundesrat aufrechtzuerhalten. Demgegenüber soll die „Rasa-Initiative“ dem Souverän ohne Gegenentwurf vorgelegt werden.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Im Namen des Regierungsrates:

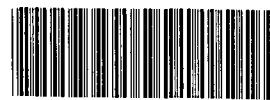


Othmar Reichmuth, Landammann

Dr. Mathias E. Brun, Staatsschreiber

Kopie:

- Schwyzer Mitglieder der Bundesversammlung;
- Konferenz der Kantonsregierungen, Haus der Kantone, Speichergasse 6, Postfach, 3001 Bern.



Staatskanzlei, Regierungsgebäude, 8510 Frauenfeld

Eidgenössisches
Justiz- und Polizeidepartement EJPD
Frau Simonetta Sommaruga
Bundesrätin
3003 Bern

EINGANG GEVER SEM

2017 -03- 02

Eidg. Justiz- und
Polizeidepartement

- 2. März 2017

No. _____

Frauenfeld, 28. Februar 2017

Direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative „Raus aus der Sackgasse! Verzicht auf Wiedereinführung von Zuwanderungskontingenten“

Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, in der Frage eines Gegenentwurfes zur Volksinitiative „Raus aus der Sackgasse! Verzicht auf Wiedereinführung von Zuwanderungskontingenten“ Stellung nehmen zu können. Aus unserer Sicht sind folgende Bemerkungen anzubringen:

Übereinstimmend mit dem Bundesrat sind wir der Meinung, dass die Schweiz weiterhin gute und stabile Beziehungen mit der EU braucht und deshalb die bilateralen Verträge erhalten bleiben sollen. Dennoch soll der Auftrag zur Steuerung der Zuwanderung ernst genommen und umgesetzt werden. Im Bestreben, diese beiden Anliegen unter einen Hut zu bringen, unterstützen wir die Absicht des Bundesrates, der Initiative einen sinnvollen Gegenvorschlag gegenüber zu stellen.

Wir vergleichen die beiden vorgeschlagenen Varianten insbesondere unter dem Gesichtspunkt der Erhaltung der bilateralen Verträge. Dabei ist es konsequent und folgerichtig, dass Artikel 121a Absatz 4 der Bundesverfassung (der abweichende völkerrechtliche Verträge ausdrücklich ausschliesst) entsprechend angepasst wird. Variante 1 enthält einen solchen Hinweis mit der Formulierung, dass bei der Steuerung der Zuwanderung völkerrechtliche Verträge berücksichtigt werden, die von grosser Tragweite für die Stellung der Schweiz in Europa sind. Bei Variante 2 fehlt ein solcher Hinweis, weshalb diese Variante in der Umsetzung wieder die Frage aufwerfen würde, ob die bilateralen Verträge überhaupt Bestand haben können. Damit würden neue Unsicherheiten geschaffen, welche sich negativ auf die wirtschaftliche Entwicklung der Schweiz auswirken könnten.

2/2

Wir beantragen daher, dass der Volksinitiative „Raus aus der Sackgasse! Verzicht auf Wiedereinführung von Zuwanderungskontingenten“ ein *Gegenvorschlag im Sinne von Variante 1* gegenüber gestellt wird.

Mit freundlichen Grüßen

Die Präsidentin des Regierungsrates

M. Müller

Der Staatsschreiber

Staatsschreiber



numero			Bellinzona
1000	cl	1	8 marzo 2017
Repubblica e Cantone Ticino Consiglio di Stato Piazza Governo 6 Casella postale 2170 6501 Bellinzona telefono +41 91 814 43 20 fax +41 91 814 44 35 e-mail can-sc@ti.ch			Repubblica e Cantone Ticino

Il Consiglio di Stato

Signora
Simonetta Sommaruga
Consigliere federale
Dipartimento federale di giustizia e polizia
Palazzo federale ovest
Bundesgasse
3003 Berna

Anticipata per e-mail a:
Bernhard.Fuerer@sem.admin.ch
SB-Recht-Sekretariat@sem.admin.ch

Controprogetto all'iniziativa "Fuori dal vicolo cieco! Rinunciamo alla reintroduzione di contingenti d'immigrazione" (RASA): Procedura di consultazione – modifica dell'articolo 121a Cost.

Signora Consigliera federale,

il Consiglio di Stato ha preso atto della consultazione relativa al controprogetto diretto del Consiglio federale all'iniziativa popolare detta "RASA" e si pregia di trasmetterle la sua posizione in merito.

Quale premessa, e in merito all'ordinanza d'applicazione dell'art. 121a Cost. che il Consiglio federale è ora chiamato ad elaborare, lo scrivente Consiglio desidera sottolineare che si è a più riprese formalmente pronunciato per un'applicazione il più possibile vicina allo spirito dell'articolo costituzionale, così da rispettare la volontà del cittadino ticinese che si è espresso massicciamente in favore dell'iniziativa contro l'immigrazione di massa il 9 febbraio 2014, e in seguito a favore dell'iniziativa "Prima i nostri" il 25 settembre scorso.

Ricordiamo inoltre che il Cantone Ticino, per primo, aveva proposto un modello di applicazione concreto del concetto di preferenza indigena dando mandato al Prof. Ambühl dell'ETH di Zurigo di elaborare un modello di clausola di salvaguardia del mercato del lavoro definito "bottom-up" basato su un approccio federalista, e che possa essere condiviso dall'UE. Detto modello, basato principalmente sulla problematica dei lavoratori frontalieri, era poi stato ripreso dalla Conferenza dei governi cantonali che diedero mandato al Prof. Ambühl di rielaborarlo in funzione del problema più ampio dell'immigrazione.

Per queste ragioni il risultato scaturito dalle camere il 16 dicembre scorso che introduce la preferenza per le persone in cerca di lavoro, residenti o meno, che si iscrivono agli Uffici regionali di collocamento, disattendendo l'introduzione della preferenza indigena, dei contingenti e i tetti massimi contemplati dall'art. 121a Cost., è da ritenersi globalmente insoddisfacente per il Ticino in quanto si discosta troppo dalla volontà popolare e non fornisce uno strumento efficace nella gestione controllata del flusso di lavoratori transfrontalieri e alle preoccupazioni del mercato del lavoro regionale.

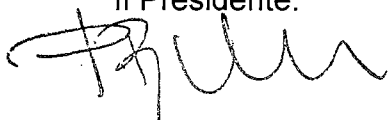
Per quanto attiene alla procedura di consultazione oggetto di questa lettera, lo scrivente Consiglio condivide la proposta del Consiglio federale di respingere l'iniziativa "RASA", anche poiché non si considera opportuno chiamare il popolo alle urne così presto su uno stesso tema di votazione.

Inoltre, per i motivi testé addotti, il Governo ticinese è pure contrario al controprogetto all'iniziativa "RASA" proposto dal Consiglio federale.

Voglia gradire, signora Consigliera federale, l'espressione della nostra alta stima.

PER IL CONSIGLIO DI STATO

Il Presidente:



Paolo Beltraminelli

Il Cancelliere:



Arnoldo Coduri

Copia:

- Consiglio di Stato (di-dir@ti.ch; dss-dir@ti.ch; decs-dir@ti.ch; dt-dir@ti.ch; dfe-dir@ti.ch; can-sc@ti.ch)
- Area delle relazioni esterne (can-relazioniesterne@ti.ch)



Landammann und Regierungsrat des Kantons Uri

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement (EJPD)
Staatssekretariat für Migration (SEM)
Stabsbereich Recht
Quellenweg 6
3003 Bern

Direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative «Raus aus der Sackgasse! Verzicht auf die Wiedereinführung von Zuwanderungskontingenten»; Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Sie unterbreiten uns zwei Varianten des direkten Gegenvorschlags zur Volksinitiative «Raus aus der Sackgasse! Verzicht auf die Wiedereinführung von Zuwanderungskontingenten». Wir danken Ihnen dafür und äussern uns dazu wie folgt:

Wir lehnen beide von Ihnen vorgeschlagenen Varianten des direkten Gegenentwurfs ab.

Ein direkter Gegenentwurf sollte so formuliert werden, dass Dauerkonflikte mit dem Freizügigkeitsabkommen und anderen internationalen Verträgen vermieden werden. Wir unterstützen die Position der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK).

Wir bitten Sie, unsere Bemerkungen aufzunehmen und danken für die Möglichkeit der Stellungnahme.

Altdorf, 22. Februar 2017



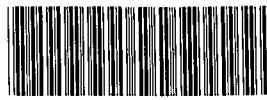
Im Namen des Regierungsrats

Der Landammann

Der Kanzleidirektor

Beat Jörg

Roman Balli



Madame la Conseillère fédérale
Simonetta Sommaruga
Cheffe du Département fédéral de justice
et police
Palais fédéral Ouest
3003 Berne

Réf. : MFP/15021693

Lausanne, le 22 mars 2017

Consultation sur le contre-projet direct à l'initiative RASA

Madame la Conseillère fédérale,

Le Conseil d'Etat du Canton de Vaud vous remercie d'avoir sollicité son avis sur le contre-projet direct à l'initiative populaire fédérale « Sortons de l'impasse ! Renonçons à rétablir des contingents d'immigration » (RASA), qui entend supprimer dans la Constitution les dispositions sur l'immigration ajoutées à la suite de la votation du 9 février 2014 (art. 121a Cst.).

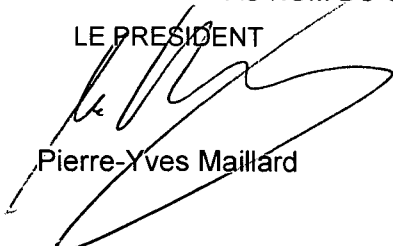
Pour donner suite à notre courrier du 8 mars dernier, le Gouvernement vaudois vous transmet par la présente sa position finale :

- Le Conseil d'Etat rejette les deux propositions de contre-projet direct à l'initiative RASA et estime qu'il faut renoncer à un contre-projet direct à cette initiative.
- Il souhaite rappeler son engagement déterminé en faveur des Accords bilatéraux entre la Suisse et l'Union européenne, qu'il considère comme un facteur essentiel pour la prospérité de notre pays.
- Le Gouvernement vaudois prend acte de la loi d'application de l'article constitutionnel sur l'immigration adoptée par les Chambres fédérales, qui permet une mise en œuvre conforme à l'Accord sur la libre circulation des personnes.
- Il estime ainsi inutile de rouvrir le débat constitutionnel et invite les promoteurs de l'initiative RASA à retirer leur texte.

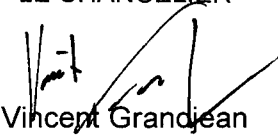
En vous remerciant de l'accueil que vous réserverez à la position du Canton de Vaud, nous vous prions d'agréer, Madame la Conseillère fédérale, l'expression de notre considération distinguée.

AU NOM DU CONSEIL D'ETAT

LE PRESIDENT


Pierre-Yves Maillard

LE CHANCELIER


Vincent Grandjean

Copie

- OAE

CONSEIL D'ETAT

Château cantonal
1014 Lausanne

Madame la Conseillère fédérale
Simonetta Sommaruga
Cheffe du Département fédéral de justice et
police
Palais fédéral Ouest
3003 Berne

Réf. : MFP/15021601

Lausanne, le 8 mars 2017

Consultation sur le contre-projet direct à l'initiative RASA

Madame la Conseillère fédérale,

Le Conseil d'Etat du Canton de Vaud vous remercie d'avoir sollicité son avis sur le contre-projet direct à l'initiative populaire fédérale « Sortons de l'impasse ! Renonçons à rétablir des contingents d'immigration » (RASA), qui entend supprimer dans la Constitution les dispositions sur l'immigration ajoutées à la suite de la votation du 9 février 2014 (art. 121a Cst.).

En décembre 2016, le Conseil fédéral a arrêté les grandes lignes des deux options de contre-projet direct à l'initiative RASA. Il propose, dans une première option, de remplacer l'art. 121a al. 4 Cst. par une disposition, selon laquelle la gestion de l'immigration doit tenir compte des accords internationaux d'une grande portée pour la position de la Suisse en Europe (en font notamment partie les accords sur la libre circulation des personnes conclus avec l'UE). La deuxième option prévoit d'abroger les dispositions transitoires relatives à l'art. 121a Cst.

Le Gouvernement vaudois comprend que la procédure de consultation doit être raccourcie, d'autant que le Conseil fédéral ne pouvait pas décider du contenu du contre-projet sans avoir connaissance des décisions des Chambres fédérales. Il regrette toutefois qu'il n'y ait pas eu de coordination avec la Conférence des Gouvernements cantonaux (CdC).

A l'instar des prises de position en matière de relations entre la Suisse et l'Union Européenne, le Canton de Vaud se déterminera dans le cadre du processus interne lancé par la Conférence des Gouvernements cantonaux. L'Assemblée plénière de la CdC du 17 mars prochain décidera d'une position commune des cantons. Comme à l'accoutumée, le Conseil d'Etat vaudois vous fera parvenir alors sa position finale. En l'état de ses réflexions et ainsi qu'il en fait part à la CdC, le Conseil d'Etat considère que la loi d'application votée par les chambres fédérales ainsi que les démarches référendaires en cours sont de nature à régler la question de l'application de l'initiative sur l'immigration de masse. Il estime ainsi inutile de rouvrir le débat constitutionnel et invite les promoteurs de RASA à retirer leur initiative. Le Conseil fédéral ayant jusqu'au 27 avril 2017 pour adopter le Message, nous espérons qu'il pourra ainsi prendre en compte la détermination du Canton de Vaud et celle de la Conférence des Gouvernements cantonaux.

En vous remerciant de l'accueil que vous réserverez à la position du Canton de Vaud, nous vous prions d'agréer, Madame la Conseillère fédérale, l'expression de notre considération distinguée.

AU NOM DU CONSEIL D'ETAT

LE PRESIDENT



Pierre-Yves Maillard

LE CHANCELIER



Vincent Grandjean

Copie

- OAE

24. Feb. 2017

No. _____



2017.00673



SEMPE006846

Département fédéral de justice et police
Madame la Conseillère fédérale
Simonetta Sommaruga
Palais fédéral ouest
CH-3003 Berne

Références DEET/SICT
Date

22 FEV. 2017

Contre-projet direct à l'initiative populaire « Sortons de l'impasse ! Renonçons à rétablir des contingents d'immigration »

Madame la Conseillère fédérale,

Le Conseil d'Etat du canton du Valais accuse bonne réception de votre courrier du 2 février dernier relatif à l'objet cité en titre et vous remercie de le consulter à ce sujet.

En date du 16 décembre dernier, les Chambres fédérales ont décidé de mettre en œuvre l'art. 121a Cst via une modification de la loi fédérale sur les étrangers. Un referendum a été lancé contre cette révision et il est à notre sens inopportun de proposer un contre-projet direct à l'initiative RASA si le peuple venait à devoir se prononcer également sur la loi d'application adoptée par le Parlement.

Au vu de ce qui précède, le Conseil d'Etat valaisan estime qu'il faut renoncer à un contre-projet direct à l'initiative RASA. Les deux variantes proposées sont par ailleurs, à notre sens, incomplètes et devraient au minimum préciser que la gestion de l'immigration des ressortissants UE/AELE peut aussi être mise en œuvre en prévoyant des mesures destinées à renforcer la mobilisation du potentiel de main-d'œuvre nationale.

Nous vous remercions de l'attention que vous voudrez bien porter à notre prise de position et vous présentons, Madame la Conseillère fédérale, nos salutations distinguées.

Au nom du Conseil d'Etat

La Présidente

Esther Waeber-Kalbermatten



Le Chancelier


Philipp Spörri

Regierungsrat, Postfach 156, 6301 Zug

Nur per E-Mail

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement EJPD
3003 Bern

Zug, 28. Februar 2017 ek

**Vernehmlassung zum direkten Gegenentwurf zur Volksinitiative «Raus aus der Sackgasse! Verzicht auf die Wiedereinführung von Zuwanderungskontingenten»
Stellungnahme des Kantons Zug**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 2. Februar 2017 haben Sie uns zur Vernehmlassung zum direkten Gegenentwurf zur Volksinitiative «Raus aus der Sackgasse! Verzicht auf die Wiedereinführung von Zuwanderungskontingenten» eingeladen. Gerne lassen wir uns wie folgt vernehmen:

Vorbemerkungen zur verkürzten Frist

Die Vernehmlassungsfrist von einem Monat trägt der Relevanz einer Verfassungsänderung in keiner Weise Rechnung.

Das Bundesgesetz vom 18. März 2005 über das Vernehmlassungsverfahren (Vernehmlassungsgesetz, VIG, SR 172.061) sieht ein ordentliches Vernehmlassungsverfahren mit einer Frist von drei Monaten vor. Die Vernehmlassungsfrist verlängert sich in jedem Fall unter Berücksichtigung von Ferien- und Feiertagen sowie Inhalt und Umfang der Vorlage (Art. 7 Abs. 2 VIG). Die Bundesratsferien in den Monaten Juli und August gelten als Ferien im Sinne des Gesetzes. Eine während dieser Zeit laufende Vernehmlassungsfrist verlängert sich daher von Gesetzes wegen (Thomas Sägger, Vernehmlassungsgesetz, Bundesgesetz vom 18. März 2005 über das Vernehmlassungsverfahren, Bern 2006, N 19 zu Art. 7 VIG). Bei Vorlagen von besonders anspruchsvollem Inhalt und/oder überdurchschnittlichem Umfang ist die Frist zusätzlich angemessen zu verlängern (vgl. den französischen Gesetzestext: «également»; Sägger, a.a.O., N 21 zu Art. 7 VIG). Eine Unterschreitung der gesetzlichen Minimalfrist ist unzulässig.

Die Vernehmlassungsfrist für die hier behandelte Vorlage dauert vom 3. Februar 2017 (Eingang der Einladung) bis zum 1. März 2017. Dies sind nur dreieinhalb Wochen. Sie wird damit begründet, dass der Bundesrat innert 18 Monaten seit Einreichen der Initiative den Entwurf eines Bundesbeschlusses über einen Gegenvorschlag der Bundesversammlung zu unterbreiten hat (Art. 97 Abs. 2 Parlamentsgesetz, ParlG, SR 171.0). Beide Bestimmungen (im Parlaments- und

Vernehmlassungsgesetz) stützen sich auf ein Bundesgesetz. Art. 97 Abs. 2 ParlG trat am 2. März 2009 in Kraft, wohingegen Art. 7 Abs. 3 VIG am 1. April 2016 in Kraft getreten ist. Damit ist die Bestimmung im Vernehmlassungsgesetz jünger und geht der Bestimmung des Parlamentsgesetzes vor. Die vorgegebene kurze Frist ergibt also nicht nur eine übereilte Rückmeldung der Kantone, zumal sich diese auch noch gegenüber der KdK vernehmen lassen müssen, sondern ist auch rechtlich unzulässig. Wir bedauern das Vorgehen des Bundes.

Anträge

1. Die RASA-Initiative ist abzulehnen.
2. Die Variante 1 als Gegenvorschlag ist mit der folgenden Änderung dem Volk zur Abstimmung vorzulegen:
«Bei der Steuerung der Zuwanderung werden völkerrechtliche Verträge berücksichtigt, die von grosser Tragweite für die ~~Stellung der Schweiz in Europa~~ sind.»
3. Es muss geprüft werden, ob der Begriff «von grosser Tragweite» juristisch genügend eindeutig ist.

Bemerkungen zu den Anträgen

Zu Antrag 1:

Wir teilen die Auffassung des Bundesrats, dass die RASA-Initiative aus demokratiepolitischen Gründen und auch aus Respekt der weit verbreiteten Forderung nach einer möglichst eigenständigen Steuerung der Migration abzulehnen ist.

Zu Antrag 2:

Da die Welt zunehmend vernetzt ist und sich Wirtschafts- und Lebensräume nicht mehr beliebig auf nationaler Ebene, ohne volkswirtschaftliche Einbussen zulasten des allgemeinen und individuellen Wohlstandes, einschränken lassen, sind wichtige, völkerrechtliche Abkommen hoch zu gewichten. Solche Abkommen sind entscheidend, um die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Interessen und Bedürfnisse der Schweiz zu wahren. Deshalb muss die Bundesverfassung die Höhergewichtung solcher Abkommen zulassen. Letztlich bieten solche Abkommen, vor allem multilaterale Abkommen mit eigener Schiedsgerichtsbarkeit aller beteiligten Partner (siehe WTO), den besten Schutz für kleine Staaten und deren Souveränität gegen die in den letzten Jahren zunehmende Machtpolitik der sogenannten «Grossen». Diesen zukunftsichernden Anliegen kann nur Variante 1 gerecht werden.

Im Entwurf werden nur völkerrechtliche Abkommen, welche eine grosse Tragweite für die Stellung der Schweiz in Europa betreffen, erwähnt. Dies ist eine Betrachtungsweise, die geopolitisch zu eng ist. Auch wenn welt- und europaweit mancherorts politische Strömungen zur nationalstaatlichen Fokussierung auftauchen, so muss über eine längere Zeit doch festgestellt werden, dass die globale Vernetzung unaufhaltsam ist. Die gegenseitige Bedingtheit und Einflussnahme lassen sich nicht rückgängig machen und fordern Offenheit gegenüber neuen Herausforderungen, welche weit über einen Kontinent hinausgehen. Entsprechend ist die Einschränkung auf Europa ersatzlos im bundesrätlichen Vorschlag zu streichen.

Die Variante 1 ist vergleichsweise auch gut kommunizierbar, da sie wesentliche Teile des bisherigen Art. 121a BV, speziell die intensiv diskutierte Migrationssteuerung, unberührt lässt. Auch wenn für viele Stimmbürgerinnen und Stimmbürger die quantitativen Einschränkungen und der Einbezug aller ausländischen Personen, sogar aller Pendlerinnen und Pendler, die per Definition ihren Lebensmittelpunkt gar nicht in der Schweiz haben, zu weit gehen, so lassen sich dank Gegenvorschlag wichtige Ausnahmen statuieren. So kann Variante 1 die wohlstands-

relevante Brücke schlagen zwischen Einbettung in das internationale Netzwerk und der Selbstbestimmung gemäss Art 121a BV. Die bestehende Diskrepanz zwischen der Bundesverfassung und der Umsetzung wäre aufgehoben.

Eine allgemeine Norm zugunsten der Stellung der Schweiz zum Umfeld, insbesondere zu den europäischen Nachbarn, wäre wünschenswert und einer Verfassung würdiger, als konkret formulierte Massnahmen resp. Forderungen nach Kontingenten und bilateralen Verträgen. Letztere beide gehörten eigentlich auf Gesetzesstufe.

Zu Antrag 3:

Damit bei der Auslegung der künftigen Verfassungsbestimmung keine Unsicherheiten aufkommen, ist es zentral, dass rechtlich eindeutige Begriffe verwendet werden. Aufgrund der kurzen Frist ist es uns nicht möglich, vertieft abzuklären, ob der Begriff «von grosser Tragweite» juristisch genügend bestimmt oder bestimmbar ist. Wir regen aber an, diese Frage zu prüfen.

Weitere Bemerkungen

Die Variante 2 kann der oben dargestellten Flexibilität für zeitbezogene Bedürfnisse und Interessen der Schweiz nicht gerecht werden. Sie lässt auch eine grössere Diskrepanz zwischen den heutigen Bilateralen Verträgen (konkret der Personenfreizügigkeit) und der Umsetzung der Migrationssteuerung offen. Sie ist abzulehnen.

Wir verweisen darauf, dass das Vorgehen betreffend direktem Gegenentwurf zur RASA-Initiative nicht von einem allfälligen Zustandekommen des Referendums gegen das von den eidgenössischen Räten am 16. Dezember 2016 verabschiedete Ausführungsgesetz zu Artikel 121a BV abhängig gemacht werden darf.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit der Stellungnahme.

Zug, 28. Februar 2017

Freundliche Grüsse
Regierungsrat des Kantons Zug



Manuela Weichelt-Picard
Frau Landammann



Renée Spillmann Siegwart
stv. Landschreiberin

Kopie (per E-Mail) an:

- Bernhard.Fuerer@sem.admin.ch (PDF- und Word-Version)
- SB-Recht-Sekretariat@sem.admin.ch (PDF- und Word-Version)
- alle Direktionen
- Amt für Wirtschaft und Arbeit
- Eidgenössische Parlamentarier des Kantons Zug